



Energie mit Zukunft

Die Energiepolitik ist eine der zentralen Fragen unseres Jahrhunderts. Die SPD hat den Schritt hin zu einer Energiepolitik der Zukunft getan: Wir wollen weg von Atom und Öl! Deshalb bleibt es beim Ausstieg aus der Atomenergie.

Wir setzen auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Nur diese Energiepolitik gewährleistet für die Zukunft eine sichere und ausreichende Energieversorgung für unser Land und seine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Außerdem schafft sie Arbeitsplätze.

Mit den steigenden Ölpreisen drohen die Heizkosten schon jetzt zur zweiten Miene zu werden. Das von der SPD entwickelte und von der Koalition noch ausgeweitete energetische Gebäudesanierungsprogramm wird uns helfen, die Wärmeenergieversorgung unabhängig von Gas und Öl zu machen. Und es wird den Gebäudebestand bereit machen, überwiegend mit erneuerbaren Energien auszukommen.

Unser energiepolitischer Kompass ist auf den richtigen Kurs gesetzt.

Ludwig Stiegler, MdB
Landesvorsitzender der BayernSPD

BayernVorwärts
Verantwortlich: Michael Waldbaur
BayernVorwärts-Redaktion
Georg-von-Vollmar-Haus
Oberanger 38 / II 80331 München
TEL (089) 23 17 11 0
FAX (089) 23 17 11 38
EMAIL bayernvorwaerts@spd.de

Die föderale Struktur stärken – mit Sinn und Verstand!

Grundsätzlich ist nichts einzuwenden gegen eine Reform der föderalen Struktur der Bundesrepublik. Die Kompetenzüberschneidungen zwischen Bund und Ländern gehören schon lange entrümpelt, oder besser: Sie bedürfen einer klaren Trennung in den Aufgaben und Zuständigkeiten, einer sinnvollen Entflechtung und Aufteilung. Nur so kann – nachvollziehbar und klar – Politik in Handeln umgesetzt werden. Deshalb begrüßt auch die Mehrheit der Bevölkerung und der Abgeordneten in den deutschen Parlamenten das vorliegende Reformpaket, das unter Federführung von Vizekanzler **Franz Müntefering** und dem CSU-Vorsitzenden **Edmund Stoiber** in der so genannten Föderalismuskommission ausgearbeitet wurde. Grundsätzlich.

Doch in diesem Paket, steckt wie so oft, der Teufel im Detail. Heribert Prantl kommentiert in der „Süddeutschen Zeitung“ den Ansatz dieser „Jahrhundertreform“ wie folgt: „Ohne Sinn und Verstand werden zwischen Bund und Ländern neue Grenzen gezogen: Dem Bund wird genommen, was des Bundes sein muss, und den Ländern wird gegeben, was sie nicht brauchen.“



Gelten als die Väter der Föderalismusreform: Vizekanzler **Franz Müntefering** und CSU-Chef **Edmund Stoiber**.

Umso wichtiger ist deswegen eine aktuelle Initiative mehrerer bayerischer SPD-Landtagsabgeordneter um **Thomas Beyer**, MdL aus dem Nürnberger Land, die sich in einem Brandbrief an den SPD-Parteivorstand und die Bundestagsfraktion für Korrekturen an der Reform aussprechen.

Kleine Kommunalwahlen

Am 12. März wurden in über 30 Gemeinden und Städten die Oberbürgermeister und Bürgermeister gewählt. Leider lag der Redaktionsschluss vor dem Urnengang. Ergebnisse und weitere Informationen unter www.bayernspd.de

Grundlage ist ein Positionspapier, in dem die Gruppe aus dem Maximilianeum engagiert und detailliert genau jene Punkte in der Reform aufgreift, deren Umsetzung eklatant gegen die im Grundgesetz garantierte Verpflichtung zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Rechts- und Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland verstoßen würde:

- Bildung als alleinige Aufgabe der Länder,
- Dezentrale Besoldungsstrukturen für Beamte,
- Sozialer Wohnungsbau in Verantwortung der Länder,
- Strafvollzugsrecht unter Länderhoheit.

Dies alles widerspricht dem Gedanken, Deutschland weiterhin als einen einheitlichen Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsraum zu verstehen, in dem gleiches Recht für alle gilt. Das Resultat einer solchen Reform des Föderalismus wäre nicht Klarheit, sondern Chaos. Deshalb müssen sich Bürger und verantwortungsvolle Abgeordnete gegen einen solchen Unsinn wehren. Auch wenn die Initiative der sozialdemokratischen Landespolitiker vielleicht etwas zu spät kommt – zu begrüßen ist sie. ■

Mehr Informationen zum Positionspapier:
www.foederalismusreform.bayernspd.de



Näherinnen in Hermosa (El Salvador) haben für Markenkonzerne – etwa adidas – gearbeitet. Sie wurden wegen der Gründung einer Gewerkschaft entlassen. Seit nunmehr fast einem Jahr kämpfen sie für vor den Fabrikatoren für ihre Rechte. (Maik Pflaum, Christliche Initiative Romero CIR)

Menschenrechtsverletzungen durch Coca Cola?

Die olympische Idylle in Turin wurde durch Nachrichten aus Kolumbien etwas gestört: Angeblich soll der Brause-Weltkonzern Gewerkschaftsmitglieder ermorden haben lassen. Die Diskussion über einen Boykott gegen Coca Cola findet nun auch in der bayerischen Öffentlichkeit statt. Die BayernSPD will sich für diese Diskussionen rüsten und hat das **Forum Eine Welt** auf Landesebene gegründet.

Im Einsetzungsbeschluss heißt es: „Die Globalisierung menschlich gestalten ist eine große Herausforderung für das 21. Jahrhundert. Ein gerechter Welthandel ohne Umwelt- und Sozialdumping, eine nachhalti-

ge Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie ein friedlicher und fairer Interessenausgleich zwischen den Regionen der Welt sind wesentliche Ziele einer sozialdemokratischen Politik im Zeitalter der Globalisierung... Das Forum versteht sich als Diskussionsplattform für alle Bürgerinnen und Bürger, Institutionen und Organisationen...“

Das Landesforum wird eng mit den regionalen Arbeitsgemeinschaften unter anderem in München und Nürnberg zusammenarbeiten. Die Leitung haben BayernSPD-Vize **Walter Kolbow** und **Bärbel Kofler**, MdB und Mitglied des Landesvorstands, übernommen. ■

3 Fragen



AN
DR. THOMAS BEYER
MDL

seit 2003 im Bayerischen Landtag. Der Mittelfranke ist Leiter der Kommission Arbeit und Wirtschaft der BayernSPD.

Beim Wirtschaftswachstum ist Bayern 2005 auf Platz 5 der Bundesländer zurückgefallen. Warum?

Mit ihrer Kahlschlagpolitik hat die CSU-Regierung die Investitionsquote in Bayern auf den niedrigsten Stand seit Jahren zurückgeschraubt.

Der Kürzungswahn im Nachtragshaushalt 2004 hat dem bayerischen Mittelstand und vor allem der Bauwirtschaft über 500 Millionen Euro entzogen. Das Ergebnis sehen wir jetzt.

Die Staatsregierung hat die Cluster-Politik ausgerufen. Was ist das? Wie ist sie zu bewerten?

Cluster-Politik meint die Förderung von Netzwerken einzelner Branchen an einzelnen Standorten.

Dagegen ist prinzipiell nichts einzuwenden, solange die Förderung nach transparenten Kriterien und mit dem klaren Ziel von mehr Beschäftigung stattfindet. Diese Punkte sind im Stoiber-Konzept nicht zu erkennen.

Was muss verbessert werden?

Die CSU muss, solange sie in der Verantwortung ist, für gleiche Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen in ganz Bayern sorgen. Cluster-Politik ersetzt nicht die klassische Regionale Strukturpolitik, die keinen außen vor lässt.

Bei der Förderung der Metropolregion Nürnberg hat sie das Zukunftsfeld Energie entgegen der IHK-Empfehlung unberücksichtigt gelassen. Das ist Ideologie und nicht Wirtschaftsförderung!

Wirtschaftswachstum: CSU zwingt Bayern ins Mittelmaß

BayernSPD fordert Cluster-Gesamtkonzept und regionale Strukturpolitik

Die Quittung für die verfehlte CSU-Wirtschaftspolitik: nur noch 1,2 Prozent Wachstum (Vorjahr 2,8 Prozent)! Der Freistaat fällt 2005 im Ländervergleich deutlich zurück, hinter das Saarland, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Hamburg. Nur noch Platz 5!

Für den Vorsitzenden der BayernSPD-Landesgruppe im Bundestag, **Florian Pronold**, kommt diese Entwicklung nicht überraschend: „Mit seinem Kahlschlag im Landeshaushalt hat Stoiber die Konjunktur abgewürgt. Es fehlen die öffentlichen Investitionen, auch weil die CSU die Kommunen verhungern lässt.“

Thomas Bayer, MdB und Vorsitzender des Forums Arbeit und Wirtschaft der BayernSPD, fordert eine „echte Regionale Strukturpolitik“ mit dem Ziel gleicher Lebens- und Arbeitschancen in ganz Bayern:

■ Von der hochtechnologie-orientierten Strategie der CSU haben jüngst allein die wirtschaftsstarken Räume Bayerns profitiert.

■ Cluster-Politik: Ja – aber richtig! Die CSU-Wirtschaftspolitik beschränkt sich auf eher zufällig ausgewählte Bereiche. Wir brauchen klare Kriterien für die Verknüpfung von Wirtschaft und Wissenschaft, produzierendem Gewerbe und Hochschule, Forschung und Anwendung.

■ Die Staatsregierung schenkt den klassischen Industriebereichen in Bayern wie Maschinen- und Werkzeugbau sowie Keramik und Porzellan zu wenig Beachtung.

■ „Ohne Zaster kein Cluster!“ – der Freistaat muss mehr Geld in die Forschung investieren. ■



Die CSU-Staatsregierung schenkt dem Maschinen- und Werkzeugbau in Bayern zu wenig Beachtung.

Verursacherprinzip: Keine „Gentechniksteuer“!

Fragen um die Gentechnik bewegen die Menschen in Bayern: Hat jeder Landwirt die Möglichkeit, auch in Zukunft noch gentechnikfrei zu produzieren?

Hat der Verbraucher die Möglichkeit, künftig gentechnikfrei einzukaufen und zu essen? Diese Freiheit der Entscheidung muss gesichert sein. Die Schlüsselfrage heißt Koexistenz: Ist gentechnikfreie Bewirtschaftung der Felder neben gentechnisch veränderten Pflanzen überhaupt möglich? Solange es darauf keine befriedigende Antwort gibt, verbietet sich der Ein-

satz grüner Gentechnik. Sonst würden Fakten geschaffen. Die SPD-Landtagsfraktion hat ein Gentechnik-Vorsorgegesetz eingebracht, das hohe Hürden für Gentech-Anbau aufbaut und eine Haftpflichtversicherung vom Anbauer fordert.

Jetzt will die CSU, dass die gesamte Landwirtschaft oder gar alle Verbraucher für die Folgen des Gentech-Anbaus haften. Eine solche „Gentechniksteuer“ wird die SPD verhindern. ■

Mehr unter www.bayernspd-landtag.de

20 Jahre Tschernobyl – nichts dazugelernt?

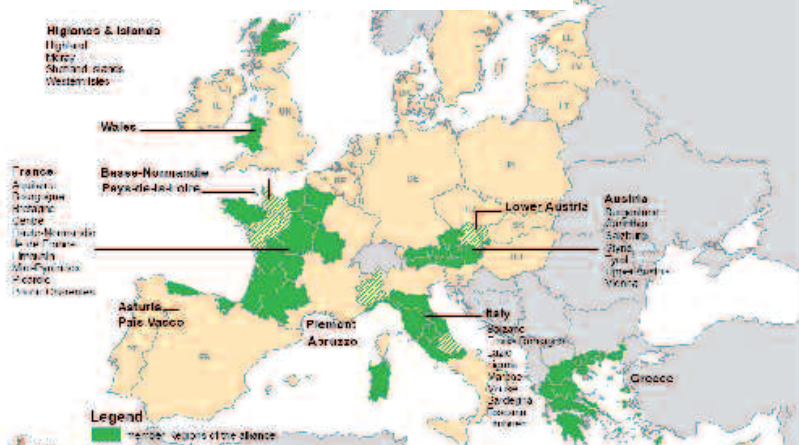
20 Jahre Tschernobyl – am 26. April 1986 brannte Block 4 im Atomkraftwerk Tschernobyl (Ukraine) durch, und es kam zu einer Explosion. Der GAU (= größte anzunehmende Unfall) mit Kernschmelze war Wirklichkeit geworden.

Europa und die USA schienen die Lehren zu ziehen. In den letzten 17 Jahren wurde hier kein einziges neues Atomkraftwerk gebaut. Die Strategie, auf Energiesparen, höhere Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien zu setzen, war erfolgreich und macht heute eine sichere Energieversorgung ohne Atom in Zukunft möglich.

Doch Stoiber, Huber und die CSU wollen eine Renaissance der Atomkraft. Sie wollen die Restlaufzeiten der bestehenden Atomkraftwerke verlängern und planen für Bayern einen weiteren Reaktor. Und die halbstaatliche Bayerische Landesbank finanziert den ersten neuen Reaktor Europas in Finnland. Nichts dazugelernt!

Mehr unter www.bayernspd-landtag.de

Network of Gmrop-free Regions in Europe



39 Regionen in ganz Europa haben sich bereits zum Netzwerk zusammengeschlossen. Das Ziel: Gentechnikfrei bleiben! Und wo bleibt Bayern?



Mundfunk-Futter im April

- F 02-2006: Nachtragshaushalt 2006: Bayern leidet unter Stoibers Kürzungsmarotten
- L 02-2006: Gentechnikfrei in Bayern muss möglich bleiben
- L 03-2006: Gentechnik-Anträge in Bayern
- L 04-2006: Gentechnikfreie Zonen in Bayern
- U 01-2006: Ja zum Koalitionsvertrag: Atomausstieg ohne Verlängerung der Restlaufzeiten
- U 02-2006: Hochwasserschutz in Bayern: Fachgespräche und Regional-konferenzen

Und so geht's:

Bitte die entsprechende Nummer(n) der Argumentationshilfe(n) angeben.
Download im Internet unter www.bayernspd-mundfunk.de
Per E-Mail: info@bayernspd.de (Datei oder Ausdruck? Absender!)
Per Fax: 089 - 23 17 11 38 (Absender-Faxnummer!)
Telefonisch: 089 - 23 17 11 0
Per Post: BayernSPD, Oberanger 38, 80331 München.



Hochwasserschutz in Bayern

Über eine Milliarde Euro Schäden bei den drei großen Hochwassern in Bayern seit 1999 – doch CSU und Staatsregierung sparen beim Hochwasserschutz. Das Land verteilt nur die Mittel von EU, Bund und Kommunen. Welchen Bedarf gibt es vor Ort? Diese Frage untersucht die SPD-Landtagsfraktion mit zunächst sechs regionalen Hochwasserschutzkonferenzen, die sich am Flusseinzugsgebiet von der Quelle bis zur Mündung orientieren, denn „Hochwasser keine Landkreisgrenzen“. ■

Die Termine: 24. April: Memmingen (Iller), 5. Mai: Freising (Isar), 8. Mai: Bobingen (Lech-Wertach), 12. Mai: Mühldorf (Inn-Salzach), 15. Mai: Nittenau (Naab-Regen), 29. Mai: Schwabach (Regnitz). Dazu gibt es Fachgespräche im Landtag und eine Donau-Konferenz im Juli in Neustadt/Donau. Mehr unter www.bayernspd-landtag.de

Aufklärung gegen Rechts

Wanderausstellung des BayernForums

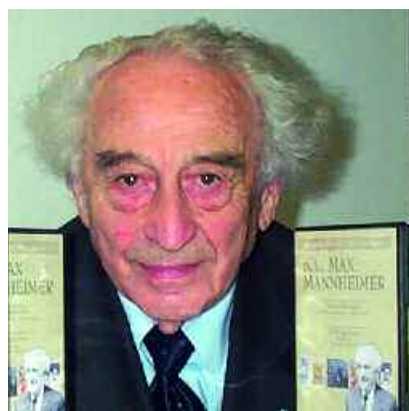
Im Beisein der Bundestagsabgeordneten **Bärbel Kofler** wurde die Wanderausstellung „Rechtsradikalismus in Bayern“ auf ihrer Station im oberbayerischen Trostberg eröffnet. Bärbel Kofler: „Wir müssen die Menschen für den aktiven Kampf gegen Rechts gewinnen.“ ■

Die Ausstellung kann von Schulen, Vereinen oder Initiativen kostenfrei angefordert werden beim BayernForum in München. Informationen und Kontakt unter www.bayernforum.de



Bärbel Kofler und Horst Schmidt, Leiter des BayernForums, eröffnen in Trostberg die Ausstellung.

Max Mannheimer erinnert



Der Kämpfer gegen das Vergessen, Max Mannheimer, präsentiert die Doppel-DVD.

Max Mannheimer ging durch die Hölle von Theresienstadt, Auschwitz und Dachau, wo er von der US-Armee befreit wurde. Auf einer Doppel-DVD haben das Bayerische Seminar für Politik und das BayernForum der FES Vorträge, Interviews, Lesungen, private Fotos und Bilder des Malers Mannheimer dokumentiert. **Dr. hc Max Mannheimer** engagiert sich bis heute gegen das Vergessen und für Toleranz und ist mittlerweile eine moralische Instanz. ■

Die DVD wie auch das Tagebuch Mannheimers sind zu beziehen unter www.baysem.de

Runder Geburtstag

Am 27. März kann die SPD Bergkirchen, Landkreis Dachau, einen besonderen Geburtstag feiern: Die Genossin **Elfriede Kunzmann** wird 100 Jahre alt. Kunzmann stammt aus einem sozialdemokratischen Elternhaus, weshalb sie auch das Eintrittsjahr nicht mehr genau weiß: „So 80 Jahre müssten es jetzt sein.“ Elfriede Kunzmann stammt aus der heutigen Tschechischen Republik. Im NS-Faschismus entging sie knapp der Denunziation und konnte im Untergrund überleben. Als allein erziehende Mutter zweier Kinder kennt Kunzmann die Notwendigkeit der solidarischen Unterstützung durch die Gesellschaft aus eigener Erfahrung. ■



Sozialpolitik ist ihr immer noch ein Anliegen: Elfriede Kunzmann kurz vor ihrem 100. Geburtstag.

Die 7 Todsünden der CSU beim Öffentlichen Dienst

■ Ausbildungs- und Arbeitsplatzabbau durch 42 Stunden-Woche. CSU-Minus: über 20 000 Arbeitsplätze in Bayern.

■ Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnsteigerung. CSU-Minus: bis zu 9 Prozent des Einkommens.

■ Altersteilzeit darf erst mit 60 beantragt werden. CSU-Minus für Polizei, Feuerwehr und Justizvollzug.

■ CSU will Recht auf Teilzeitarbeit streichen. CSU-Minus durch Wegfall der Teilzeit.

■ Kürzung bzw. Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld. CSU-Minus durch Bayerisches Sonderzahlungsgesetz.

■ Neues Personalvertretungsgesetz: CSU-Minus durch Wegfall der Einigungsstelle.

■ Rückzug des Staates. CSU-Minus: Minimalstaat statt Sozialstaat.

Aktive Demokraten gesucht!

Der aktuelle Versuch der Unionsparteien, die Werte Freiheit und Gerechtigkeit für sich zu vereinnahmen, zeigen: Die soziale Demokratie braucht aktive Demokraten, um die gleichrangigen Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gegen Missbrauch zu schützen.

Es gibt laut Willy Brandt soziale Demokraten außerhalb und innerhalb der Partei. Derzeit kann besser denn je alleine durch die Mitgliedschaft in der SPD für die Verteidigung der sozialen Demokratie demonstriert werden.

„Auch zwischen den Wahlen können die Menschen für eine moderne Politik stimmen, in deren Mittelpunkt der Mensch steht!“ betont BayernSPD-Landesgeschäftsführer **Hans-Peter Adler**. „Das deutlichste Votum ist der Beitritt! Deshalb meine Bitte an die Genossinnen und Genossen: Nehmt möglichst viel Menschen mit auf dem Weg zu einer sozial gerechten Politik auch in Bayern!“

www.mitmachen.spd.de

Für uns im Landtag

CHRISTA NAASS



„Mich selbst einbringen für andere.“ Nach diesem Grundsatz vertritt **Christa Naaß** seit 1994 den Stimmkreis Ansbach-Süd/Weißenburg-Gunzenhausen im Bayerischen Landtag.

Als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes setzt sich die ehemalige Verwaltungsangestellte engagiert für die Belange der Beschäftigten ein. Christa Naaß vertritt die Fraktion als 1. Schriftführerin im Präsidium des Landtages und arbeitet in den Arbeitskreisen Sport und Frauenpolitik mit. Außerdem vertritt die Vorsitzende der MittelfrankenSPD ihre Wählerinnen und Wähler im Gemeinderat und Kreistag. Im Vorstand der Mali-Hilfe der AWO hilft sie mit, Frauenförderprojekte in Mali umzusetzen.

Kontakt: Bürgerbüro, Postfach 1465,
91704 Gunzenhausen, TEL 09831/612996,
FAX 09831/612997,
EMAIL christa.naass@bayernspd-landtag.de,
INTERNET www.christa-naass.de